



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 05.06.2018

Oktoberfest – Finanzierung auf solide Füße stellen Teil II

ANTRAG

Musterklage über Kosten der Terrorabwehr auf dem Oktoberfest

Die Landeshauptstadt München strebt eine Musterklage an bezüglich der Übernahme von Kosten zur Terrorabwehr. Es soll juristisch geklärt werden, ob der Staat eine ihm zugeordnete originäre Aufgabe (Sicherheit, Terrorabwehr etc.) auf Private übertragen und als Sicherheitsbehörde anordnen darf. Damit soll endlich Planungssicherheit geschaffen werden, insbesondere im Hinblick auf die Kosten für die Durchführung von Veranstaltungen im Münchner Stadtgebiet.

Begründung:

Die Verunsicherung der Veranstalter in München ist groß. Immer noch ist nicht geklärt, ob ein Veranstalter für die Kosten der Maßnahmen zur Terrorabwehr herangezogen werden kann. Dies wird auch innerhalb der LHM unterschiedlich gehandhabt (z.B. Absicherung mit Pflanztrögen beim Streetlife Festival und beim Christkindlmarkt am Rotkreuzplatz trägt nicht der private Veranstalter, sondern die Stadt; die Kosten für den Bau u. Betrieb der Hochsicherheits-Polleranlage auf der Theresienwiese trägt der Betrieb „Oktoberfest“).

Die Sicherheitsbehörden halten bei anderen Massenveranstaltungen (wie z.B. der Auer Dult) gar keine Absicherung durch Pflanztröge für erforderlich.

Die BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion hat schon vor über einem Jahr gefordert, die Zuständigkeit für Kosten der Terrorabwehr klären zu lassen – bis heute ist dies nicht geschehen.

Initiative:

Mario Schmidbauer

weitere Fraktionsmitglieder: Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 • Fax: 089 / 233 – 20 770 • E-Mail: bayernpartei@muenchen.de